"Beschleunigung der Demontage" in L'Humanité (15. Februar 1991)

Legende: Am 15. Februar 1991 kommentiert die französische kommunistische Tageszeitung L'Humanité die Bemühungen Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns, um die Auflösung des Warschauer Pakts zu beschleunigen, um anschließend ein trilaterale regionale Zusammenarbeit zu begründen.

Quelle: L'Humanité. Organe Central du Parti Communiste Français. 15.02.1991. Paris. http://www.humanite.fr/1991-02-15_Articles_-LE-DEMONTAGE-S-ACCELERE. "Le démontage s'accélère", url:http://www.humanite.fr/1991-02-15_Articles_-LE-DEMONTAGE-S-ACCELERE.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:
http://www.cvce.eu/obj/beschleunigung_der_demontage_in_l_humanite_15_februar_1991-de-faf9f15e-485f-4c9f-8f97-6a422606a6f5.html

Publication date: 05/07/2016

Beschleunigung der Demontage

Die Staatschefs Polens und der Tschechoslowakei sowie der Ministerpräsident Ungarns, Lech Walesa, Vaclav Havel und Jozsef Antall, sollen sich am Freitag in Visegrád (nördlich von Budapest) treffen, um die Auflösung des Warschauer Paktes zu beschleunigen und die Grundlagen für eine trilaterale regionale Zusammenarbeit zu schaffen.

Der Vorschlag von Michail Gorbatschow, den Termin für die Auflösung der Militärorganisation des Vertrages vom 1. Juli auf den 1. April vorzuverlegen, wurde in den Hauptstädten Budapest, Prag und Warschau, wo überall rechte Regierungen an der Macht sind, mit Wohlwollen aufgenommen. Die drei Länder wollen am europäischen Integrationsprozess teilnehmen und sich der NATO annähern, dem künftig einzigen Militärblock auf dem Alten Kontinent. Das Dokument, das in Visegrád unterzeichnet werden soll, wird den Titel Kooperationsabkommen „auf dem Weg zur europäischen Integration“ tragen. Ungarn hat den ersten Schritt getan, indem es Ende 1990 dem Europarat beigetreten ist, worauf die Tschechoslowakei am 21. Februar und Polen nach den nächsten Parlamentswahlen folgen werden. Alle drei wünschen, sehr bald assoziierte Mitglieder der EWG zu werden.

Mittwoch war der sowjetische General Wladimir Lobow, Stabschef des Warschauer Paktes, zu Gast bei der parlamentarischen Versammlung der NATO, wo er bestätigte, dass die Militärstrukturen der Organisation bis April aufgelöst würden. Er brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass der Westen dem Beispiel Osteuropas folgen und die NATO abschaffen werde. Was kaum die Absicht der Regierungen weder in Washington, noch in London oder Paris ist. „*Ich bedaure*“ erklärte der sowjetische General, „*dass die NATO-Führung nicht die Weisheit und das politische Verständnis gezeigt haben, das die Spitzen des Warschauer Paktes bewiesen haben.*“ „*Fragen Sie Galvin und Wörner, wann sie ihre Organisation auflösen werden!*“ forderte er die NATO-Parlamentarier auf.

In seiner Rede, die man als Abschiedsrede bezeichnen kann, wies General Lobow Anschuldigungen zurück, denen zufolge die Militärallianz der sozialistischen Staaten, die 1955, einige Jahre nach der NATO, gegründet worden war, die Ursache für den Ost-West-Konflikt gewesen war. Das Ziel des Warschauer Paktes hatte ihm zufolge vielmehr darin bestanden, „*dafür zu sorgen, dass es keinen Krieg gibt*“; eine Aufgabe, die er während seiner gesamten Existenz erfüllt hat, ungeachtet „*einiger Fehler*“, fügte Wladimir Lobow hinzu.

Der erste Schritt zur Auflösung des Vertrags, der in Wirklichkeit schon gar nicht mehr existiert, betrifft die Militärstrukturen. Was die politischen Instanzen angeht, werden sie so lange bestehen bleiben, „*wie die Mitglieder es für notwendig halten*“. In Wirklichkeit wird der zweite Schritt unmittelbar auf den ersten folgen.

Denn es mangelt nicht an Meinungsverschiedenheiten zwischen Moskau und einigen seiner Partner, die aus der Allianz austreten wollen. Vor allem mit Warschau, das droht, den Transit der aus Ostdeutschland abziehenden Sowjetsoldaten zu blockieren, sollte die UdSSR nicht den Abzug seiner in Polen stationierten Soldaten beschleunigen. Die sowjetischen Behörden haben angekündigt, dass der Rückzug der 50 000 Soldaten sich bis 1994 hinziehen werde, während die polnische Regierung fordert, dass der Abzug bis Ende dieses Jahres abgeschlossen wird. Moskau zufolge ist es notwendig, einige Einheiten vorläufig in Polen stationiert zu lassen, um den Transit der ca. 380 000 Soldaten (900 000 Personen, die Familien mitgezählt), die noch in der ehemaligen DDR stationiert sind, logistisch zu bewältigen. Außerdem würde der schnelle Abzug aller Einheiten zu sozialen Problemen in der UdSSR führen, wo Wohnraummangel herrscht. Bereits die sowjetischen Militärangehörigen, die in Ungarn und der Tschechoslowakei leben, werden bis zum 30. Juni in ihr Land zurückgekehrt sein.